



SP Stadt Aarau

FDP
Die Liberalen



Evangelische Volkspartei
Evangelische Wähler Aarau

Postulat **Einführung eines Jugendparlaments in der Stadt Aarau**

Antrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, die Einführung eines Jugendparlaments zu prüfen und dem Einwohnerrat entsprechend Bericht zu erstatten.
Dabei sei auch zu prüfen, ob analog zum Jugendparlament der Stadt Baden nicht nur in Aarau wohnhafte Jugendliche teilnehmen können, sondern auch Jugendliche, die in Aarau zur Schule gehen oder ihre Freizeit verbringen.

Begründung:

Die Stadt Aarau setzt sich mit der Möglichkeit auseinander, dass Jugendlichen in Zukunft erlaubt sein soll, politische Vorstösse einzubringen¹. Dies ist ein erster Schritt in Richtung Einbindung der Jugendlichen in die Politik. Aarau erhielt 2020 das unicef-Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ und hat sich damit dazu bekannt, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zunehmend zu institutionalisieren.

Deshalb möchten wir mit diesem Postulat den Stadtrat einladen, noch einen Schritt weiter zu gehen, als bisher geplant: Die Jugendlichen sollen politische Vorstösse im Rahmen eines eigenen Parlaments behandeln und allenfalls auch finanzielle Beiträge für Projekte im Jugendbereich sprechen können.

Ein Jugendparlament ist ein Sprachrohr der Jugend und ihrer Anliegen und fördert gleichzeitig die politische Bildung:

- eine stärkere Auseinandersetzung mit den politischen Rechten und deren Wahrnehmung wird gefördert;
- die Motivation der Jugendlichen, später ein politisches Amt zu übernehmen, erhöht sich;
- die demokratische Diskussionskultur wird verbessert.

Viele junge Menschen sind bereits politisch aktiv. Jungparteien verzeichnen Zuwachs und immer wieder gehen Jugendliche auf die Strasse, um sich für ihre Anliegen einzusetzen und sich Gehör zu verschaffen. Die Politisierung in einer Jungpartei ist jedoch bereits selektiver und die Eintrittsschwelle liegt höher als im Falle eines Jugendparlaments.

Die meisten politischen Entscheide, die Erwachsene fällen, betreffen die Zukunft der Jugendlichen direkt oder indirekt. Durch die Einführung eines Jugendparlaments werden die Jugendlichen in die Prozesse des politischen Systems eingeführt. Nur wer frühzeitig mitentscheiden kann, bildet sich eine eigene Meinung. Wer gefragt wird, übernimmt

¹ Wenn möglich im Rahmen der in dieser Legislatur geplanten Revision der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements des Einwohnerrats.

Verantwortung, lernt sich in der politischen Landschaft zurecht zu finden und vertieft die politische Urteilskompetenz.

Es gibt mehrere Beispiele von Jugendparlamenten auf Gemeindeebene², auch im Aargau (z. B. in Baden), welche neu entstehen oder teilweise schon auf langjährige, positive Erfahrungen zurückblicken. Dass Jugendliche das Gemeindeleben aktiv mitgestalten können sowie der Austausch zwischen Jugendlichen und aktiven Politiker*innen werden sowohl von den Jugendlichen als auch von den Gemeinden als positiv beurteilt. Einer der Schlüssel zum Erfolg ist dabei sicher, dass die Jugendlichen niederschwellig abgeholt und unterstützt werden. Eine Zusammenarbeit mit Jugendarbeitenden, Schule o.ä. würde sich daher sehr anbieten.

In der Politik wird über die Stadtgrenzen hinaus zusammengearbeitet. Entscheidungen, die in Aarau getroffen werden, haben z.T. auch einen Einfluss auf unsere Nachbargemeinden. Somit erachten wir es als prüfenswert, ob ein Jugendparlament auch für Jugendliche zugänglich sein soll, die nicht in Aarau leben, aber hier die Schule besuchen oder ihre Freizeit verbringen.

Abschliessend wird auf den am 12. Dezember 2021 erschienene Forschungsbericht der Fachhochschule Luzern «Jugendpartizipation in der Gemeinde ermöglichen»³, welche in Zusammenarbeit mit dem Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) erarbeitet wurde, und dessen Begleitbroschüre⁴ hingewiesen. Der Bericht untersucht das übergeordnete Thema der Jugendpartizipation im Gemeindekontext und diskutiert Ansätze, wie ein motivierender und nachhaltiger politischer Partizipationsprozess für und mit den Jugendlichen entstehen kann und welche Rahmenbedingungen es dafür braucht.

Für die Fraktion der Grünen
Susanne Klaus, Petra Ohnsorg

Für die sp-Fraktion
Beatrice Klaus, Laszlo Etesi

Für die fdp-Fraktion
Stefan Zubler

Für die Zentrumsfraktionen
Christoph Waldmeier

² Dachverband Schweizer Jugendparlamente: <https://www.dsj.ch/ueber-uns/mitglieder/aktuelle-mitglieder/>

³ <https://doi.org/10.5281/zenodo.5730487>

⁴ https://www.dsj.ch/fileadmin/files/6_Publikationen/Studien/Broschuere_Jugendpartizipation_ermoenlichen_DE.pdf